

Kaisers Sockel und Wahrheit der Geschichte

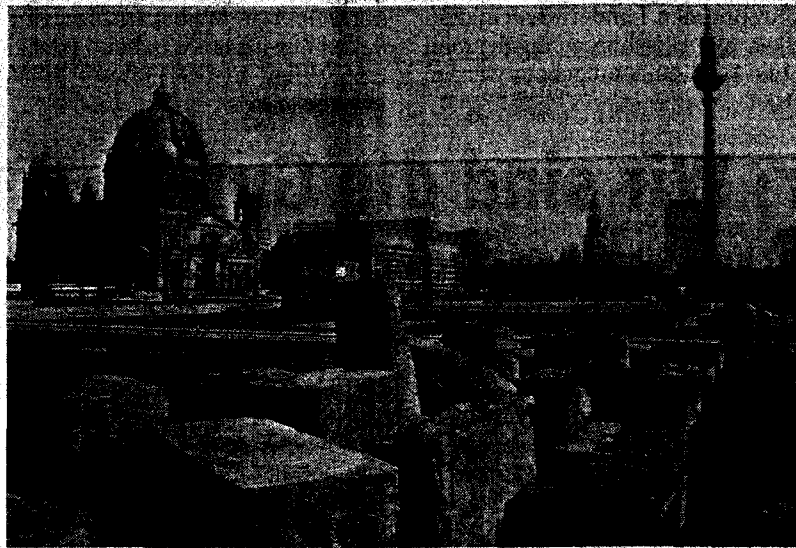
Die LINKE lud zur Diskussion um zwei neue Denkmäler in Berlin

Von Marion Pietzok

Eine Initiative von nachholendem und – weil die fraglichen Tatsachen noch nicht stofflich fassbar sind – von hoffentlich auch vorausgreifendem Charakter: eine Debatte um das »Einheits- und Freiheitsdenkmal« der Deutschen und um das »Ehrenmal« für die Toten der Bundeswehr. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hatte dazu an beziehungsreichen Ort in Berlin eingeladen: ins Provisorium der wiederzuerrichtenden ehemaligen Schinkelschen Bauakademie, wenige Meter entfernt vom Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Standbildes, auf dem das »Einheits- und Freiheitsdenkmal« platziert werden soll. Die beiden Denkmalprojekte wurden von der Regierung durchgesetzt, ohne dass für notwendig erachtet wurde, sie in der Öffentlichkeit gründlich zu diskutieren. Selbst in der parlamentarischen Praxis wurden die Entscheidungen nicht von ausführlichem Für und Wider

begleitet. Diesem Mangel abzu helfen, war das Ziel des Kolloquiums. Es ging um die Bedeutung der Denkmalsvorhaben, ihre Sinnhaftigkeit, auch in Bezug auf deren Standorte, und um mögliche Alternativen.

Der Dramatiker Rolf Höchhuth verteidigte am Beispiel seiner Bemühungen um ein Denkmal für den Hitler-Attentäter Georg Elser die »Sehnsucht nach Erhöhung«, nach Vorbildern, nach Helden als legitimen Wunsch eines jeden Menschen. Ausgenommen das Bestreben, diesem Widerstandskämpfer Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, beantwortete der Historiker Wolfgang Wippermann die Frage, ob wir neue Nationaldenkmäler brauchen, mit einem entschiedenen Nein. Er spannte den argumentativen Bogen von der umgewidmeten Neuen Wache in Berlin zur Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch den damaligen Kanzler Kohl



In der historischen Mitte Berlins

Foto: Benjamin Harnisch

über das Holocaust-Mahnmal bis zum geplanten Dokumentationszentrum über Flucht und Vertreibung. Letztere Gedenkort relativierten sich in ihrer Aussage gegenseitig. Er forderte, die »Denk-

malsinflation« zu stoppen, zumal die künstlerische Sprache entsprechender Monumente sich überholt habe oder zu beliebig sei.

Ein entgegengesetztes Plädoyer: Der Historiker Peter Brandt, der als

Mitglied der »Deutschen Gesellschaft zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa« das »Einheits- und Freiheitsdenkmal« initiierte, sieht dessen Notwendigkeit darin, dass es eine positive nationale Orientierung gebe. Laut Beschluss des Bundestages vom 9. November 2007 soll es »an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands« erinnern und zugleich »die freiheitlichen Bewegungen und die Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte in Erinnerung« rufen und würdigen.

Gegen die »enorme Überdehnung zum Nationaldenkmal« und eine »Versockelung der Revolution« wandte sich der Schriftsteller Ingo Schulze. Den »berechtigten historischen Stellenwert der friedlichen Revolution in der DDR« solle man mit einem eigenen Denkmal anerkennen. Aber nicht mit einem in der angestrebten Form, die er »eine Peinlichkeit« nannte, die den Status quo feiere und mit der man sich zudem naheliegender Möglichkeiten begeben. Sondern indem statt des »unseligen 3. Oktober« als Nationalfeiertag der 9. November

begangen würde, »der entscheidende Tag im Herbst 89«.

Ebenso kontrovers wurde das Ehrenmal für die Bundeswehrsoldaten diskutiert. Norman Paech, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN, gab zu bedenken, dass das Nachdenken über den Krieg in Afghanistan, der der eigentliche Auslöser für das Denkmalsprojekt gewesen sei, mit ihm tabuisiert werde. Nicht zur Beantwortung der Frage, warum denn gestorben wird, nämlich aus in Wahrheit ökonomischem Interesse – könne es anregen. Es werde kein Erinnerungsort oder einer der individuellen Trauer, sondern ein Denkmal »auf Zuwachse«. Im Unterschied zu einem Mahnmahl gegen den Krieg, Ingo Schulze, ihm helfend: Es kläre nicht auf. Denn auch der Krieg in Afghanistan werde nicht wahrgenommen mit seiner Geschichte aus der Zeit des Kalten Krieges und den Drahtziehern in den USA.

Denkmäler sind selten Zeugnisse der Wahrheit, sondern dienen eher der Geschichtsskizzierung, so Norman Paech. Die Linkspartei hofft jedenfalls, dass bei den jüngsten Projekten noch ein Eingreifen möglich ist.

Neues Deutschland
(TagesZeitung)
20.04.2009